

Kiel, 15.04.2016

PRESSEMITTEILUNG

Sperrfrist: 15.04.2016 - 13:30 Uhr

4. Städtetage des Städteverbandes Schleswig-Holstein

„Starke Städte – gut fürs Land“

Der Städteverband Schleswig-Holstein hat heute in Neumünster unter dem Motto

„Starke Städte – gut fürs Land“

seinen 4. Städtetag durchgeführt. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Bedeutung und Funktion der Städte als zentrale Orte für das Land Schleswig-Holstein. Als Gastredner nahm zu den „*Perspektiven und Herausforderungen Schleswig-Holsteins*“ **Ministerpräsident Torsten Albig** Stellung, für die Politik referierte **Daniel Günther, Vorsitzender der CDU-Fraktion** im Landtag zum Thema „Stadt und Land - gemeinsam für Schleswig-Holstein“.

In seiner Eröffnungsrede hob der Vorsitzende des Städteverbandes, **Norderstedts Oberbürgermeister Hans-Joachim Grote**, hervor:

„Die kommunale Selbstverwaltungsgarantie als Erfolgsmodell der Vergangenheit und Garant für die Herausforderungen der Zukunft ist aktuell wie nie. Als Fundament der demokratischen Staatsgestaltung muss es uns gelingen, die Gestaltungskraft der Kommunen zu erhalten und – wo notwendig – zu stärken. Nur dann wird die Selbstverwaltung die Antworten auf alle Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung entwickeln.“ Zugleich machte Grote deutlich, dass die Bewahrung der Lebensqualität in allen Teilräumen maßgeblich davon abhängen wird, dass die allgemeine kommunale Finanzausstattung der zentralen Orte strukturell verbessert und die Gestaltungskraft gestärkt wird, die zentralen Orte mehr Freiheiten in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben erhalten und dass sich Schleswig-Holstein in dem Prozess als reformfähig erweist. Wir müssen in die Lage versetzt werden, das von Politik und Gesellschaft geforderte Leistungsangebot auch zu erfüllen“, so Grote.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung wurden verschiedene Handlungsfelder beleuchtet. Unter dem Stichwort „Handlungsfähigkeit gewährleisten – aufgabengerechte Finanzausstattung sichern“ forderte Lübecks **Bürgermeister Bernd Saxe** u.a. die Städte weiter bei den Sozialausgaben zu entlasten, den Leistungsfähigkeitsvorbehalt des Landes für die Finanzausstattung der Kommunen zu streichen, die Investitionsfähigkeit der Kommunen sicherzustellen und die Städte, die mit besonders schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen zu kämpfen haben,

Städtebund

Städtetag

langfristig bei der Haushaltskonsolidierung zu unterstützen. Kiels **Oberbürgermeister Dr. Ulf Kämpfer** stellte die Herausforderungen der Integrationsaufgaben dar und machte deutlich, dass das Gelingen der Integration maßgeblich von den kommunalen Rahmenbedingungen abhängen wird, für die wiederum die notwendigen Ressourcen in Form einer angemessenen Finanzausstattung durch Bund und Länder notwendige Voraussetzung sind. Den besonderen Stellenwert der zentralen Orte als Motor der Entwicklung von Regionen, gerade auch im ländlichen Raum hob **Ulf Stecher**, Bürgermeister der Stadt Heide, am Beispiel der Entwicklungsagentur Heide hervor. **Wilfried Bockholt**, Bürgermeister der Stadt Niebüll, warb für eine Verwaltungsstrukturreform 2.0 und stellte dar, dass insbesondere die kleineren Städte als zentrale Orte über eine eigene Verwaltung verfügen müssen, um den Aufgaben für den Raum gerecht zu werden. Neumünsters **Stadtpräsidentin Anna-Katharina Schättiger** betonte die Bedeutung des kommunalen und gesellschaftlichen Ehrenamts als notwendige Voraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Grundlage für die Demokratie. Unter dem Titel 'Bildung und Kultur – ein wichtiger Standortfaktor' machte Schleswigs **Bürgermeister Dr. Arthur Christiansen** deutlich, welchen Stellenwert Einrichtungen der frühkindlichen Bildung, der Schulinfrastruktur und die Kultureinrichtungen von der Bücherei über die Volkshochschule bis hin zum Theater für die Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner haben. Die Rolle und Funktion der Städte unter dem Stichwort Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit führte Schenefelds **Bürgermeisterin Christiane Küchenhof** am Beispiel des Klimaschutzes aus.

Den Abschluss der Veranstaltung bildete die Neumünsteraner Erklärung (**Anlage**), die Lübecks **Bürgermeister Saxe** den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Kongresses vorstellte.

„Das Land Schleswig-Holstein ist nur so stark wie seine Kommunen und auf starke Städte angewiesen, in denen die Mehrheit der Menschen in Schleswig-Holstein leben.“, hoben die Vorsitzenden abschließend hervor und appellierten an die Bundes- und Landespolitik: „Räumen Sie den Städten und ihrer Selbstverwaltung mehr Freiheiten ein und verbessern Sie die Finanzausstattung. Nur so werden wir die richtigen Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft finden.“

Verantwortlich: Jochen von Allwörden
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
des Städteverbandes Schleswig-Holstein



Städteverband
Schleswig-Holstein

Der Städteverband Schleswig-Holstein vertritt als kommunaler Landesverband die kommunalen Interessen und Belange aller 4 kreisfreien und 58 kreisangehörigen Städte, sowie der Gemeinden Halstenbek, Sylt und Rellingen. Die Mitglieder des Städteverbandes Schleswig-Holstein repräsentieren weit über die Hälfte der Einwohnerinnen und Einwohner Schleswig-

Holsteins. In Schleswig-Holstein leben 55,6% der Menschen in Städten. Allein auf die vier kreisfreien Städte entfällt ein Einwohneranteil von knapp 22%. Zusammen mit den Menschen, die in Stadt-Umlandbereichen leben haben die städtischen Bereiche in Schleswig-Holstein einen Einwohneranteil von insgesamt 73,5%. Aufgrund seiner Mitgliederstruktur werden sowohl die Interessen des ländlichen, als auch des städtischen Raumes vertreten. Aufgabe ist es die im Grundgesetz und der Landesverfassung garantierten Rechte auf gemeindliche Selbstverwaltung zu wahren und zu stärken sowie die gesetzlich eingeräumten Beteiligungsrechte (§ 132 GO) wahrzunehmen.

Neumünsteraner Erklärung:

Schleswig-Holstein braucht starke, lebenswerte Städte. Dies gilt sowohl im Interesse der Menschen, die in den Städten und ihrem Versorgungsbereich leben, als auch im Interesse des Landes und der Wirtschaft, die auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen ist und von kommunalen Investitionen lebt. Ohne Städte ist kein Staat zu machen. In den Städten entfaltet sich das soziale Leben, sie sind die Zentren des kulturellen Lebens, des Handels, der Dienstleistungen und die Standorte der Wirtschaft. Städte sind Orte der Kommunikation und der Integration, sie stiften Identität. Die Städte sind die wichtigsten Träger öffentlicher Dienstleistungen und der technischen und sozialen Infrastruktureinrichtungen der Daseinsvorsorge. Sie sind größter öffentlicher Investor und damit Motor für die heimische Wirtschaft. Die Einwohnerinnen und Einwohner sind auf die Leistungen der Städte dringend angewiesen.

1. **Selbstverwaltung stärken**

Die kommunale Selbstverwaltung als Grundrecht demokratischer Staatsgestaltung (§ 1 Abs. 1 GO) muss gestärkt werden. Es beinhaltet das Recht der freien Selbstverwaltung für die örtlichen Angelegenheiten und schließt die Fähigkeit, auf örtliche Bedarfe zu reagieren, ein. Diese Handlungsfähigkeit ist in vielen schleswig-holsteinischen Städten konkret gefährdet, wenn dauerhaft der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden kann und auf Kosten der künftigen Generationen Defizite vorgetragen und neue Schulden aufgebaut werden.

2. **Finanzausstattung sichern**

Deshalb steht das Land als Garant für seine Städte in der Pflicht, die herausragende Funktion der kommunalen Selbstverwaltung für die demokratische Staatsgestaltung durch die Gewährung einer angemessenen Finanzausstattung zu sichern und auch gegenüber dem Bund für eine nachhaltige Entlastung (insbesondere bei den Sozialausgaben) zu sorgen. Innerhalb der kommunalen Ebene muss denjenigen Gebietskörperschaften, die trotz der Wirkungen des Finanzausgleichs unter erheblichen Haushaltsproblemen leiden, weiterhin gesondert geholfen werden.

3. **Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern bewältigen**

Die Städte sehen sich gemeinsam mit Bund und Ländern in der Verantwortung, vor Bürgerkrieg geflüchteten oder politisch und religiös verfolgten Menschen Schutz zu gewähren und angemessen zu versorgen. Ebenso wird die Integration der Menschen sich in den Städten vollziehen, weshalb die kommunalen Rahmenbedingungen zugleich mitentscheidende Faktoren für eine gelingende Integration sein werden. Diese Aufgaben werden sie aber nur bewältigen können, wenn sie eine nachhaltige finanzielle Absicherung für diese Aufgaben erhalten und die Integrationsleistungen planbar sind.

4. **Zentrale Orte und interkommunale Kooperationen fördern - Lebensqualität erhalten**

In Schleswig-Holstein leben die Mehrzahl der Menschen in Städten und die weit überwiegende Mehrheit der Menschen in zentralen Orten. Sie bleiben dabei unentbehrliche Motoren für die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements. Als Zentrum für Verwaltung, Dienstleistung, Handel, Bildung und Kultur schaffen sie die Voraussetzungen für das Wirtschaften und Arbeiten der Bevölkerung und fördern die Entwicklung der Gesellschaft. Die Städte sind Brennpunkte der Probleme der Gegenwart und verfügen über die Innovationskraft für die Lösungen. Deshalb entscheidet sich vor allem in den Städten und zentralen Orten die künftige Lebensqualität für die Menschen in Schleswig-Holstein. Es sollten Anreize für interkommunale Kooperationen geschaffen werden.

5. Reformfähigkeit bewahren

Das Land und die Kommunen müssen sich die fortwährend die Frage stellen, ob die Verwaltungsstrukturen zu den Aufgaben und Herausforderungen der Zukunft passen. Der demografische Wandel, die fortschreitende Verwaltungsmodernisierung, die Digitalisierung der Gesellschaft, die Haushaltskonsolidierung, die Komplexität der Aufgabenerfüllung und nicht zuletzt der Prozess der Landesentwicklungsstrategie wirft die Frage auf, ob die kommunale Verwaltungsstruktur mit dem Aufgabenbestand und der Leistungsfähigkeit der Verwaltung in Einklang zu bringen ist.

6. Gesellschaftlichen Wandel gestalten - Soziale und technische Infrastrukturen anpassen

Die Städte sind Orte, in denen sich der gesellschaftliche Wandel vollzieht, der z.B. durch die Digitalisierung, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Zuwanderung, dem demografischen Wandel, dem Wandel zur Wissensgesellschaft beeinflusst wird. Die größten Herausforderungen bestehen für die Städte in der Anpassung, dem Erhalt und dem bedarfsgerechten Ausbau sowie dem Betrieb der öffentlichen Einrichtungen. Von dem Erhalt der Einrichtungen der Daseinsvorsorge technischer (wie Straßen, Kanalisation usw.), sozialer und kultureller (wie Kindergärten, Schulen, Volkshochschulen, Theater, Museen usw.) sowie administrativer Art hängt die Lebensqualität der Bevölkerung entscheidend ab. Dabei dürfen Bund oder Länder keine Erwartungen wecken und Ziele vorgeben, ohne gleichzeitig die erforderlichen Finanzmittel bereitzustellen. Die Kommunen müssen im Rahmen der ihnen vorbehaltlos zu gewährenden angemessenen Finanzausstattung in die Lage versetzt werden, das von Politik und Gesellschaft erwartete Leistungsangebot auch zu erfüllen.

7. Nachhaltigkeit leben

Die Städte stehen für Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung. Das Ziel der Nachhaltigkeit ist Querschnittsaufgabe einer integrierten Stadtentwicklungspolitik, die gemeinsam mit den Menschen im Dialog durch Partizipation und die Übernahme von Verantwortung und durch konkrete Projekte vor Ort lebendig wird. Nachhaltigkeit bedeutet, nicht mehr Ressourcen zu verbrauchen als zur Verfügung stehen, auch in finanzieller Hinsicht. Hierzu bedarf es eines ausgeglichenen Haushalts und eines Schuldenabbaus zu Gunsten kommender Generationen und der strukturellen Entlastung der Kommunen sowie einer angemessenen Finanzausstattung.

8. Handlungsfähigkeit ermöglichen

Neben der Ausweitung des Spektrums von Parteien und Wählergruppen hat u.a. die Abschaffung der Fünf-Prozent-Sperrklausel auf Grundlage des Urteils des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG, Urteil vom 13. Februar 2008 – 2 BvK 1/07 –, BVerfGE 120, 82-125) maßgeblich dazu beigetragen, dass Stadtvertretungen inzwischen häufig aus 6 bis 8 Fraktionen unterschiedlicher Parteien und Wählergruppen bestehen. Hinzu treten oftmals fraktionslose Mitglieder von Stadtvertretungen. Die Willensbildung in den kommunalen Vertretungen ist durch die Zunahme der politischen Akteure schwieriger geworden. Das Land bleibt aufgefordert, die Handlungsfähigkeit kommunaler Vertretungen strukturell zu sichern.

Neumünster, 15.04.2016